Nr. 3 | 15. September 2023

AZB / 4001 Basel / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

47. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

BASLER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Wir machen Basel-Stadt stark!

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf
Editorial von Johannes Barth — Seite 3

Die Wahlkampfleiter Ede Tschopp und Urs Katzenstein im Interview
Im Interview mit Eva Biland — Seite 1 und 4

Fünf Erkenntnisse aus den Nationalratswahlen
Luca Urgese — Seite 5

Anlass der FFBS
Elisabeth Spreng Troller — Seite 5

Die Jungreisinnigen stellen sich vor
Leo Rey — Seite 6

2× Nein zu den Stadtklima-Initiativen — Seite 6

Grossbasel Ost
Isabelle Mati — Seite 7

Aberau — Seite 7

Die neue FDP-Liberale Fraktion — Seite 8 und 9

Rückblick auf die Legislatur 2019–2023 — Seite 10 und 11

Acht Neue stellen sich vor — Seite 12 bis 14

Handlungsbedarf in der Altersvorsorge — Seite 18 und 19

Rückblick auf die Nationalratswahlen

Die Wahlkampfleiter Ede Tschopp und Urs Katzenstein im Interview

Ein Wahlkampf erhält seinen Charakter nicht nur durch die Kandidierenden, sondern im Wesentlichen auch durch dessen Wahlkampfleiter. Die Wahlkampfleitung verleiht dem Kampf die nötige Farbe, das individuelle Konzept und die notwendige Botschaft zur klaren Wiedererkennung. Wie erlebten Ede Tschopp und Urs-Ulrich Katzenstein ihren so wichtigen Einsatz bei den Wahlen 2023?

Ede, den wievielten Wahlkampf hast du mit der diesjährigen Nationalratswahl begleitet?
Ede Tschopp: Ups, das waren in den letzten 35 Jahren einige Wahlkämpfe. Zuerst war ich Auftragnehmer und habe zusammen mit den Wahlkampfleitern (wie Max Pusterla oder Paul Rüst) für Kandidierende in BS und BL in die Regierung, den Ständerat, den Nationalrat, den Grossen Rat und den Landrat sowie die Bürgergemeinde gearbeitet. Meist war auf der Public-Relations-Seite auch Edi Borer selig dabei. Nach meiner Pensionierung habe ich nun vor drei Jahren mit Patrick Flad die Grossratswahlen geleitet und soeben mit Urs-Ulrich Katzenstein die Nationalratswahlen.

Urs, wie erlebtest du den Wahlkampf? War es dein erster Einsatz als Wahlkampfleiter?
Als unser Präsident Johannes mich fragte, ob ich die Wahlkampfleitung interimistisch von Ede über-

Fortstetzung Seite 4

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Basler Freisinn, 4000 Basel, T: 079 937 39 94, E: info@fdp-bs.ch, www.fdp-bs.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch.
Druck: CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

1–7 Basler Freisinn

8/9 Die neue FDP-Liberale Fraktion

10/11 Rückblick auf die Legislatur 2019–2023

12–14 Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor

15 Spannendes Online-Game für 5G

16/17 Neun Fraktionsmitglieder sagen Adieu

18/19 Altersvorsorge vor grossen Herausforderungen

20 Exportwirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen

21 Teure linke Lösungen im Gesundheitswesen

22 Ausblick auf die Wintersession

23 Vermischtes/Kolumne

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

4. Dezember	Kleinbasler Fääde-Zieh, Restaurant Schafeck
20. Januar	Delegiertenversammlung FDP Schweiz
22. Januar	1. Parteitag und Neujahrsapéro
30. Januar	1. Präsidentenkonferenz mit Vorstand

Wohlstand tagtäglich erarbeiten

FDP kämpft weiter

Liebe Freisinnige

Ein intensiver Wahlkampf liegt hinter uns. Den Gewählten gratuliere ich herzlich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Allen Engagierten danke ich von Herzen. Für den Ständerat besteht im Hinblick auf die zweiten Wahlgänge noch die Aussicht, die Sitzzahl zu halten. In der kommenden Legislatur stehen richtungsweisende Entscheide an, sei es bei der Altersvorsorge, dem Gesundheitswesen, der Stromversorgung oder der Wirtschaftspolitik und internationalen Vernetzung unseres Landes. Mit den Wahlen wurden die bürgerlichen Kräfte gestärkt, das ist für die Zukunft unseres Landes zentral.

Schweizer Bevölkerung will weiterhin eine bürgerliche Politik

Aber: Wir müssen Verluste im Wähleranteil (–0,7 Prozent) sowie an Sitzen im Nationalrat (–1 Sitz) hinnehmen. Auch wenn die FDP weniger verloren hat, als es die Umfrageergebnisse erwarten liessen, und (trotz Rechenschwierigkeiten des Bundesamts) wir noch immer an dritter Stelle liegen, so kann uns das Wahlresultat selbstverständlich in keiner Weise zufriedenstellen. Wir haben es nicht geschafft, den Bürgerinnen und Bürgern bewusst zu machen, weshalb unsere liberale Politik für sie selber und für unser Land notwendig ist. Die Analyse der Wahlresultate werden wir in Kürze starten. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden wir gezielte Massnahmen in die Wege leiten, um die FDP wieder auf den Erfolgsweg zu bringen.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir weiter! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitätssinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

FDP erwartet von Mitte und SVP konstruktive Mitarbeit

Angesichts der grossen Herausforderungen erwarte ich von der Mitte und der SVP mehr konstruktive Mitarbeit zugunsten tragfähiger Lösungen. So stimmen wir schon bald über die Zukunft der AHV ab. Einerseits wollen die SP und die Grünen mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente das System in unverantwortlicher Weise ausbauen. Diese Forderung ist schlicht nicht finanzierbar, das wichtigste Sozialwerk würde an die Wand gefahren. Auf der anderen Seite übernimmt die FDP zusammen mit den Jungfreisinnigen Verantwortung und schlägt mit der Renteninitiative eine pragmatische Lösung für eine Sicherung der AHV vor. Sowohl die Mitte wie auch die SVP verkennen die Realität und verweigern sich der nachhaltigen Lösung. Lasst uns gemeinsam kämpfen für unsere Initiative und für gesicherte Renten auch für künftige Generationen!

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf

Editorial von Johannes Barth

Rückblick auf einen intensiven Wahlkampf und mit weiterhin konstruktiver Opposition und Enthusiasmus in die nächste Wahlkampfetappe 2024.

Johannes Barth

Rückblick auf die Nationalratswahl 2023

Ein intensiver und herausfordernder Wahlkampf ist vorbei. Ein Wahlkampf, der von uns allen viel verlangt hat: Engagement, Durchhaltevermögen und den Glauben an unsere liberalen, freisinnigen Werte. Nach einem aufregenden Wahlsonntag reflektieren wir die Ergebnisse, die unsere Zukunft massgeblich prägen werden. Ganz gleich, wie die endgültige Zählung ausgefallen ist, eines steht fest: Jede Stimme war ein Bekenntnis zur Demokratie, besonders in Zeiten, in denen die Wahlbeteiligung unter 50% ist. Dies zeigt, dass wir stetig daran arbeiten müssen, die Bedeutung politischer Teilnahme zu betonen.

Listenverbindungen haben sich als richtig erwiesen, die Partei hat an Wähleranteil zugelegt, aber leider keinen Einsitz in den Nationalrat erlangt

Unsere Listenverbindung ist aufgegangen, und wir haben unser erstes Ziel erreicht: die 2-zu-2-Situation zu schaffen und Links-Grün nicht das Feld zu überlassen. Das zweite Ziel war wieder zuzulegen. Und wir konnten leicht Stimmen dazugewinnen, natürlich auch wegen unseres Spitzenkandidaten Baschi Dürr. Das dritte Ziel war, den Nationalratssitz zu gewinnen – da sind wir leider an einer sehr aktiven GLP gescheitert. Das persönliche Engagement und den «Bisherigen-Bonus» konnten wir nicht toppen und müssen nun ihnen zur Wiederwahl gratulieren.

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf

Der verpasste Sitz im Nationalrat stellt eine Zäsur für uns als bürgerliche Partei dar, insbesondere in einem politischen Klima, das zunehmend von zwei Polen geprägt wird. Es ist ein Weckruf, den wir ernst nehmen müssen und der uns dazu antreibt, unsere Strategien zu überdenken und den Bürgern näherzubringen, wofür die FDP steht. Denn nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf!

Die Ergebnisse der Ständeratswahlen haben die erwarteten Trends bestätigt mit Eva Herzog, die erfolgreich ihren Sitz behauptet. Und dies mit einem historischen Wahlergebnis!

Dies spiegelt die gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse in unserem Kanton wider. Natürlich dürfen wir uns nicht mit diesen Resultaten zufriedengeben. Unsere Aufgabe ist es, über den momentanen Stand hinauszudenken und kontinuierlich für die Stärkung unserer liberalen Prinzipien einzutreten, um in zukünftigen Wahlen noch überzeugendere Ergebnisse zu erzielen.

Ein Dankeschön für den umfassenden Einsatz

Abschliessend möchte ich jedem Einzelnen von ihnen meinen tiefsten Dank aussprechen. Den Kandidierenden, die sich unermüdlich für unsere Ideale eingesetzt haben: Eva Biland, Tamara Alù, Baschi Dürr und allen anderen, die auf den Listen standen. Den Wahlkampfleitern und dem Wahlkampfteam, die unzählige Stunden geopfert haben, um unsere Botschaft, Flyer, Luftballons und Plakate in der ganzen Stadt zu verbreiten. Und natürlich Ihnen, den Mitgliedern der FDP, die zur Wahl gegangen sind und ihre Stimme abgegeben haben. Ihr Glaube an unsere Mission ist das Fundament, auf dem wir aufbauen.

Unabhängig von den Herausforderungen, die vor uns liegen, lasst uns daran erinnern: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen! Lasst uns diesen Moment als Ansporn nehmen, weiterhin leidenschaftlich für unsere Überzeugungen einzutreten und eine bürgerliche Politik zu gestalten, die in Zukunft resoniert und triumphiert.

Johannes Barth, Präsident
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Anzeige

Fortstetzung von Seite 1

nehmen könnte, war es für mich klar, dass ich einspringe. Es war mein erster Wahlkampf. Es zeigte sich dann sehr schnell, dass mein berufliches Wissen zu Projekt- und Programmmanagement gut passte sowie einige Ideen, die ich als Wähler für so einen Wahlkampf hatte. Ausserdem war ja schon einiges durch Ede auf den Weg gebracht worden, und es galt für mich, insbesondere die Umsetzung der geplanten Massnahmen durch die Verantwortlichen sicherzustellen.

Ede, inwiefern haben sich die Instrumente eines Wahlkampfes in den letzten Jahren verändert?
Das Plakat schafft Öffentlichkeit, und der Flyer erlaubt detailliertere Aussagen, diese zwei Werbemittel sind geblieben. Auch der Strassenwahlkampf – das ungeliebte Kind der FDP – ist weiterhin wichtig. Die Anzeigen in der Tagespresse sind klar weniger geworden. Dafür muss man aber heute eine gute Internetseite sowie eine attraktive Präsenz auf Facebook und Instagram haben und mit E-Mails und Posts arbeiten. Auch die BVB bieten mehr interessante Möglichkeiten.

Urs, was hat dich persönlich im Wahlkampf angetrieben? Waren es politische Botschaften, das gemeinsame Wirken mit den Kandidierenden, die Konzeption der Werbemassnahmen oder anderes?
Es war eine Mischung aus allen Genannten. Natürlich hat mich besonders die Entwicklung der politischen Landschaft in Basel bewegt. Ich setze mich seit 2020 aktiv für den Freisinn in Basel ein, und die Rolle der Wahlkampfleitung bot mir hier einen Hebel. Die Zusammenarbeit mit den Kandidierenden hat mir auch besonders viel Spass gemacht, da ich sie so alle noch besser und vor allem auch aus einer anderen Perspektive kennenlernen konnte. Besondere Highlights waren auch jeweils die Aktionen des Strassenwahlkampfs und das «Wildplakatieren» in der Region um Basel zusammen mit Daniel Köhler.

Ede, was macht für dich persönlich ein gelungener Wahlkampf aus?
Am Anfang ist wichtig, sich möglichst rasch als Team zu finden und die gemeinsame Plattform zu schaffen. Alle im Team sollen sich einbringen können, aber die Leitung muss die Fäden in der Hand halten. Es gilt, das Konzept mit Budget und Terminplan sowie die Kompetenzabgrenzung zum Vorstand absegnen zu lassen. Das Wahlkampfteam soll dann innerhalb des bewilligten Rahmens selbstständig funktionieren.

Was macht für dich ein guter Wahlkampfstil aus? Welches Szenario möchte man als Wahlkampfleiter unbedingt vermeiden?
Guter Stil ist, die Partei und die Kandidierenden als Problemlöser zu zeigen und nicht nur auf die Gegner einzudreschen. Der Auftritt sollte einheitlich und wiedererkennbar sein. Zwar muss nicht immer alles harmonisch verlaufen, aber wenn man sich auf Aussagen und Massnahmen einigt, dann wird das durchgezogen und nicht ständig hinterfragt. Besonders in der Schlussphase eines Wahlkampfes kommt bei einigen oft etwas Panik auf, da gilt es, ruhig zu bleiben. Der Wahlkampfleiter muss verhindern, dass ein Konkurrenzdenken innerhalb der Kandidierenden auftritt und erreichen, dass alle als Team auftreten.

Urs, welche Aktionen haben sich aus deiner Sicht besonders bewährt?
Wir müssen zwar die Auswertungen noch machen, aber mein Bauchgefühl sagt mir, dass neben dem persönlichen Einsatz der Kandidierenden und deren Austausch mit Wählern der Einsatz von Online-Medien besonders geholfen hat. Die Auswertungen werden es später noch zeigen, ob mein Bauchgefühl stimmt oder nicht.

Und was würdest du beim nächsten Mal anders machen?
Ich glaube, dass wir unsere Botschaften noch plakativer überbringen müssen. Die Wähler werden im Wahlkampf mit so vielen Themen bearbeitet, da geht die Erklärung zu Inhalten unter. Besser lassen sich vereinfachte Botschaften positionieren. Da müssen wir noch besser werden und unsere Themen knackig rüberbringen.

Interview: Eva Biland, Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Parteitag und Parolenfassung
Am Parteitag im Häbse-Theater vom 23. Oktober ging es nicht nur um die bereits thematisierten Nationalratswahlen, die am Vortag stattfanden. Die Mitglieder fassten die Parolen für die kommenden Abstimmungen vom 26. November 2023. Die FDP Basel-Stadt lehnt die beiden kantonalen Initiativen **«für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)» und «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)»** einstimmig ab. Zugleich wurden bereits die Parolen zu den Abstimmungen vom 3. März 2024 gefasst. Die FDP unterstützt einstimmig (bei einer Enthaltung) die Volksinitiative der Jungfreisinnigen für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente lehnt die FDP hingegen einstimmig ab.

Parolen Stadtklimainitiativen 2× NEIN
– Zukunfts-Initiative: NEIN
– Gute-Luft-Initiative: NEIN

Anzeige

Bim Bailarina am Spalebärg 42,

dört, wo no immer d'Isebaan uf Knopfdrugg Rundene dreiht, gits vil für e gsundi Standfeschtigkeit für die Freisinnige vo Birkestock, FitFlops, London Fly sowie Accessoir und Täsche us Londe von Elvis & Kresse.

Lueg unverbindlich ine! Als FDPler bekunsch 10%. Mir freue uns!

Fünf Erkenntnisse aus den Nationalratswahlen

Wahlsonntage sind, egal wie sie ausgehen, ein Freudenfest für jeden Politnerd, als den ich mich durchaus betrachte. Es gibt viele neue Zahlen, die man analysieren und interpretieren kann, um dann möglichst die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Die diesjährigen Nationalratswahlen sind da nicht anders und bieten einen grossen Fundus an Zahlenmaterial. Fünf Erkenntnisse aus der Analyse möchte ich hier mit Ihnen teilen:

1. Die politischen Lager sind erstaunlich stabil

Basel-Stadt wird gerne als linker Kanton verschrien. Doch es zeigt sich, dass die politischen Lager in unserem Kanton nun schon seit mehreren Jahren wahlübergreifend ziemlich stabil sind. Die Linke schwankt um die 50%-Schwelle herum, während das bürgerlich-liberale Lager konstant etwa einen Drittel der Stimmen macht. Die übrigen Stimmen gehen ins rechte Lager. Die FDP befindet sich also vor allem im Wettstreit um den Drittel der Wählenden, die FDP, LDP, Mitte oder GLP wählen.

2. Unsere Wählerschaft setzt auf Köpfe

Je weniger Sitze ein Kanton hat, desto stärker wird eine Wahl zur Personenwahl. Die bürgerlich-liberale Wählerschaft pflegt das seit Jahren sehr ausgeprägt und entscheidet sich von Wahl zu Wahl für die Partei, deren Spitzenkandidatur sie am meisten überzeugt. Dies widerspiegelt sich entsprechend in sehr volatilen Wahlergebnissen. Die früheren Zugewinne für die LDP haben sehr direkt mit der Personalie Christoph Eymann zu tun. Die von ihr verlorenen 5 Prozent gingen vor allem an FDP und GLP und dabei vor allem an deren Spitzenkandidaten. Baschi Dürr, Katja Christ und Patricia von Falkenstein waren jeweils für 45 bis 47 Prozent des Gesamtergebnisses ihrer Liste verantwortlich. Das liegt deutlich über dem Durchschnitt (39%) und wird sonst nur von Sibel Arslan erreicht. Bei den anderen Parteien sind die Stimmen breiter verteilt.

3. Die FDP hat eine positive Panaschierbilanz

Interessant ist jeweils auch, von wem eine Partei Stimmen bekommt und an wen sie Stimmen abgibt. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass die FDP von allen Parteien ausser dem GB mehr Stimmen bekommt, als sie an diese verliert. Besonders ausgeprägt ist das gegenüber der LDP, mit der ein reger Stimmenaustausch stattfindet. Unter dem Strich resultiert für die FDP ein Plus von 437 Stimmen.

4. Die GLP fischt im linken Lager

Zu oft müssen wir uns darüber ärgern, dass die GLP im Grossen Rat nach links abbiegt. Das widerspiegelt sich auch in den Wahlergebnissen. Satte 41 Prozent der Panaschierstimmen für die GLP stammen von SP- und GB-Listen. Das ist nur

knapp weniger, als die PdA (42%) erhalten hat. Zum Vergleich: Bei FDP (11%), LDP (16%) und Mitte (16%) ist der Anteil linker Panaschierstimmen deutlich kleiner.

5. Die FDP gewinnt kantonal erstmals seit 2012 wieder

Und zuletzt möchte ich – bei aller Enttäuschung über den verpassten Wiedereinzug in den Nationalrat – festhalten, dass die FDP bei diesen Wahlen erstmals seit den Grossratswahlen 2012 auf kantonaler Ebene wieder Wähleranteile gewinnt. Zusammen mit dem Zugewinn bei den Einwohnerratswahlen in Riehen 2022 ist das eine gute Grundlage, um mit voller Motivation auf einen nächsten Wahlerfolg bei den kantonalen Wahlen 2024 hinzuarbeiten. Denn Zahlen sind schön und gut, aber motivierte Kandidatinnen und Kandidaten sind viel wichtiger!

Luca Urgese, Grossrat FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Anlass der FFBS:

Führung durch das Zivilgericht

Zwei Dutzend interessierte FDP-Mitglieder machten sich am Abend des 3. November auf den Weg zum «Bäumli». Nach der Begrüssung durch die Schreibende fesselte uns Salome Wolf, FFBS-Mitglied und Zivilgerichtspräsidentin, mit ihrem Bericht über ihre spannende Tätigkeit. Die Aufgabe einer Zivilgerichtspräsidentin ist äusserst vielfältig. Dabei geht es stets um zivile Händel. Das geht von Scheidungen, Streitigkeiten unter Nachbarn, Erbschaften, Betreibungen bis hin zu Abgangsentschädigungen. Eindrücklich beleuchtete Salome auch die emotionalen Aspekte, denen sich eine Richterin nebst den rechtlichen stellen muss. Wie sonst kann man sich erklären, dass jemand wegen einer Streitsumme von CHF 5.40 bereit ist, eine Gebühr von CHF 100.– zu bezahlen? Seit der Revision der Zivilprozessordnung anno 2011 wird die Hauptzahl der Fälle durch den Einzelrichter behandelt, geht es um eine höhere Streitsumme, so amtet ein Dreier- oder sogar ein Fünfergericht.

Viel zu schnell war die Stunde vorbei. Wir dislozierten ins nahe gelegene Restaurant Prima und liessen den Abend bei einem gemütlichen Apéro ausklingen.

Elisabeth Spreng Troller, Vorstandsmitglied FDP Frauen Basel-Stadt

Anzeige

Lergenmüller AG
Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1
+41 (61) 641 17 54
lergenmueller@bluewin.ch
www.lergenmuellerag.ch
Keramik-, Mosaik- & Natursteinverlegung
Reparatur- & Wartungsservice

Die Jungfreisinnigen stellen sich vor

In unserer Rubrik erfahren Sie heute mehr über Leo Rey

Leo Rey, vor kurzem zum Vizepräsidenten der Jungfreisinnigen Basel-Stadt gewählt.

Leo Rey ist ein junger, aufstrebender Politiker mit klaren Zielen und einer leidenschaftlichen Hingabe für liberale Werte. Nachdem er im Juli erfolgreich seine Matura am Gymnasium am Münsterplatz absolviert hat, nutzt er sein Zwischenjahr, um sowohl praktische Erfahrungen zu sammeln als auch ein tieferes politisches Engagement zu entwickeln.

Während dieses Zwischenjahrs arbeitet Leo Rey in einem Praktikum bei der Hypothekarbank Lenzburg und widmet sich in der Freizeit der Politik. Im Januar wird er seinen Militärdienst bei den Rettungstruppen in Wangen antreten. Nach seinem Militärdienst im Herbst 2024 plant er ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der HSG, was sein Interesse für Wirtschaft und unternehmerische Angelegenheiten unterstreicht.

Er beschreibt die FDP als liberales Bollwerk gegen linken Staatsausbau und rechten Isolationismus. «Das Schweizer Erfolgsmodell wurde auf einem liberalen Fundament gebaut», kommentiert Rey seinen Beweggrund für liberale Werte. Reys politische Schwerpunkte liegen in der Wirtschafts-, Finanz- und Aussenpolitik. Er legt grossen Wert darauf, dass die Finanzen mit Bedacht gehandhabt werden, und setzt sich für einen starken Wirtschaftsstandort in Basel ein. Für ihn ist klar: «Wohlstand muss erarbeitet statt umverteilt werden.» Deshalb liegt ihm besonders die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Pharmabranche und die KMUs in Basel am Herzen. «Für Basel sind gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern und eine attraktive Wirtschaftspolitik essenziell», so Rey. Er glaubt fest daran, dass Basel eine Menge zu bieten hat, und setzt sich dafür ein, dass diese Stärken auch in Zukunft erhalten bleiben.

Seine Wertschätzung für die kulturelle Vielfalt Basels spiegelt sich in seinem Engagement für ein offenes Basel bei der FDP wider. Die Wahlen im Jahr 2019 sowie die marode Situation der AHV haben Leo Rey politisiert und ihn dazu bewogen, sich aktiv für freisinnige Werte und eine starke liberale Politik einzusetzen mit dem Motto «Fortschritt ist Freisinn».

Leo Rey

2× NEIN zu den Stadtklima-Initiativen!

Die «Zukunftsinitiative» und die «Gute-Luft-Initiative» – die sogenannten Stadtklima-Initiativen – fordern während zehn Jahren einen jährlichen Abbau von 1 Prozent der Verkehrsfläche auf dem Kantonsgebiet, inklusive Riehen und Bettingen. 480 000 Quadratmeter Verkehrsfläche sollen umgestaltet und dem motorisierten Privat- und Gewerbeverkehr entzogen werden. Dies entspricht 68 Fussballfeldern.

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) rechnet damit, dass bei der Annahme der «Gute-Luft-Initiative» 50 Prozent des gesamten Strassenraums umgepflügt werden müssten. Gemäss BVD könnten die zusätzlich notwendigen Baustellen gar nicht bewältigt werden. Die Umsetzung ist somit schlichtweg unrealistisch, würde Basel in eine riesige Dauerbaustelle verwandeln und den Fernwärmeausbau verzögern. Das BVD geht davon aus, dass sich die Zahl der Baustellen verfünffachen würde. Das heisst mehr Lärm und mehr Verkehrschaos – denn der Strassenabbau behindert sowohl den privaten und den gewerblichen Verkehr als auch die Blaulichtorganisationen. Zudem würde gemäss Regierungsrat bereits die Hälfte der geforderten 480 000 Quadratmeter die Aufhebung sämtlicher Parkplätze auf der Allmend bedeuten.

Der Kanton setzt bereits auf Massnahmen, die für ein besseres Klima in der Stadt sorgen. Deshalb: **Deshalb: 2× NEIN zu den Stadtklima-Initiativen am 26. November!**
www.stadtklima-perspektiven.ch

Anzeige

Gasstilllegung, Fernwärmeausbau – der Auftrag an die IWB

Am 18. September 2023 lud die FDP Grossbasel-Ost ins Meret-Oppenheim-Hochhaus. Im Zentrum stand das Referat von Evelyn Rubli, Leiterin Wärme bei der IWB. Der Auftrag sei klar: 2037 soll Basel von fossilen Heizungen befreit sein. Das heisst keine Gas- und Ölheizungen mehr und dafür ein ausgebautes Fernwärmenetz. Die Planung ist ambitioniert: Von 2026 bis Ende 2028 sollen bereits rund 900 neue Fernwärmeanschlüsse entstanden sein, danach jedes Jahr bis 2037 1100 weitere und damit in etwa drei pro Tag. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 entstanden 267 neue Fernwärmeanschlüsse. Vor allem in Gebieten, in welchen keine Fernwärme vorgesehen ist – wie auf dem Bruderholz – ist der Informationsbedarf gross. Zudem ist eine Wärmepumpe nicht immer einfach umsetzbar. Die IWB legte dar, dass es Einzellösungen geben werde. Sie stehe für Kontaktaufnahmen mit der Bevölkerung zur Verfügung und sei selbst bemüht, frühzeitig zu informieren. Direktbetroffene sollen so früh wie möglich und mehrstufig abgeholt werden – über die ersten Pläne vier bis acht Jahre im Voraus. Sobald das konkrete Abschaltdatum feststeht, mindestens drei Jahre vor der Abschaltung.

Isabelle Mati

Noch bestehen Unsicherheiten, und mehr Informationen sind nötig, das spürte man beim Publikum. In der Fragerunde, moderiert durch FDP-Fraktionspräsident Erich Bucher, zeigte sich dies dann auch. Jemand sagte, dass die IWB von Freiwilligkeit spreche, aber wenn man im Moment Gas beziehe und dies 2037 nicht mehr möglich sei, was genau bedeute «freiwillig». Eine andere Person fragte: «Gibt es denn 2037 genügend Wärme für alle?» Ich frage mich: Was kostet das, und wer zahlt am Ende? Die Referentin versuchte, soweit möglich Antworten zu liefern. Die IWB, das darf man nicht vergessen, sei Auftragsempfänger. Entschieden haben die Politik und die Stimmberechtigten mit dem Volksentscheid Basel Netto-Null 2037. Dennoch bleibt ein mulmiges Gefühl, dass einige Fragen, die es zu beantworten gelte, noch nicht beantwortet sind. Das Projekt Gasstilllegung/Fernwärmeausbau ist auf jeden Fall im Auge zu behalten. Die FDP bleibt am Thema dran.

Isabelle Mati
Präsidentin FDP Grossbasel-Ost

Anzeige

R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10 Postfach 108 4125 Riehen1
Telefon 061 641 03 30 soderbau@bluewin.ch

Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen, Beton- und Fassadensanierungen

Aberau

Was fällt einem auf, das einem nicht auffallen sollte? Was ist schiefgelaufen, das nicht hätte schieflaufen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Viele sind froh, dass die nationalen Wahlen vorbei sind. Nur rund die Hälfte der Wahlberechtigten interessierten sich tatsächlich dafür. Zwar wurde – trotz besserem Ergebnis als vor vier Jahren – unser Traum vom NR-Sitz nicht Realität, aber immerhin haben unsere Wählerinnen und Wähler dazu beigetragen, dass Links-Grün nicht drei NR-Sitze erhalten hat. Unser Spitzenkandidat Baschi Dürr darf stolz sein auf sein persönliches Resultat. Hoffe, er bleibt uns in der Politik erhalten.
Zu anerkennen ist, dass die GLP stark gekämpft hat. Zwar hat sie mit ihrer Listenflut die anderen bürgerlichen Partner verärgert, aber insbesondere Spitzenkandidatin Christ hat unermüdlich alles unternommen, um wahrgenommen zu werden. Ist ihr gelungen. Zähneknirschende Anerkennung. Das zeigt uns, dass wir alle mehr kämpfen müssen.
Frustrierend war der Wahlsonntag für die kandidierenden Männer, denn Basel-Stadt schickt nur noch Frauen in den Ständerat und den Nationalrat. Ich werde nun meinen Urologen fragen, ob er bereits Politiker als neue Kunden für eine baldige Geschlechtsumwandlung hat.
Bös zu kauen am persönlichen Resultat hat auch der bürgerliche Ständeratskandidat Balz Herter, der nur knapp vor dem SVP-Kandidaten, aber mit brutalem Abstand zur Überfliegerin Eva Herzog abschnitt. Böse Frage: War er zu linksfreundlich unterwegs?
Ebenfalls keine Freude am Wahlergebnis hatte unsere «Schwesterpartei» LDP, deren Ergebnis stark unter der Abwesenheit von Christoph Eymann litt. Zwar wurde Patricia von Falkenstein erwartungsgemäss wiedergewählt, aber Raoul Furlano, der mit einem 2. LDP-Sitz liebäugelte, musste seine Berner Ambitionen wohl endgültig begraben.
Ist Ihnen auch aufgefallen, dass in den letzten Wochen überall in der Stadt noch mehr staatlich finanzierte rote Mietvelos abgestellt wurden und diese anderen Velofahrenden den Platz wegnehmen? Dem aufmerksamen Stadtwanderer fällt auf, dass die Dinger kaum benutzt werden. Sie stehen dort, stehen dort, stehen dort – und rosten vor sich hin.
Demonstrationen sind bekanntlich das Hobby von vielen Jusos und extremeren Linksgrünen. Hauptsache, sie können uns «Normalos» nerven. Einige unter ihnen haben nun aber im Lichte des Terrors der Hamas ihren Antisemitismus offengelegt. Das beweist einmal mehr, dass die Links- und die Rechtsextremen einander berühren.

Rathaustürsteher

Nationalrat

Damien Cottier, NE

Cyril Aellen, GE

Bettina Balmer, ZH

Simone de Montmollin, GE

Jacqueline de Quattro, VD

Marcel Dobler, SG

Alex Farinelli, TI

Olivier Feller, VD

Anna Giacometti, GR

Simone Gianini, TI

Nadine Gobet, FR

Matthias Jauslin, AG

Simon Michel, SO

Philippe Nantermod, VS

Hans-Peter Portmann, ZH

Maja Riniker, AG

Daniel Ruch, VD

Regine Sauter, ZH

Peter Schilliger, LU

Daniela Schneeberger, BL

Andri Silberschmidt, ZH

Heinz Theiler, SZ

Kristiane Vietze, TG

Susanne Vincenz-Stauffacher, SG

Patricia von Falkenstein, LDP BS

Beat Walti, ZH

Christian Wasserfallen, BE

Laurent Wehrli, VD

Bereit für die neue Legislatur

Übersicht der neuen FDP-Liberalen Fraktion

Am 4. Dezember beginnt die neue Legislatur. In der Altersvorsorge, in der Finanzpolitik und in der Energiepolitik warten grosse Herausforderungen auf das Parlament. Die erneuerte FDP-Liberale Fraktion ist bereit, diese Herausforderungen anzugehen und liberalen Lösungen zum Erfolg zu verhelfen.

Ständerat

Thierry Burkart, AG

Pascal Broulis, VD

Andrea Caroni, AR

Josef Dittli, UR

Johanna Gapany, FR

Petra Gössi, SZ

Matthias Michel, ZG

Benjamin Mühlemann, GL

Damian Müller, LU

Martin Schmid, GR

Hans Wicki, NW

Die FDP-Liberale Fraktion konnte im Nationalrat verschiedene Erfolge feiern. Fotos: Parlamentsdienste

Trotz Krisen machen wir die Schweiz stark

FDP-Legislaturbilanz 2019 –2023

Die vergangene Legislatur war durch verschiedene Krisen geprägt: die Covidpandemie, der Ukraine-Krieg, der Untergang der Credit Suisse. Trotz dieser turbulenten Zeiten gelangen der FDP-Liberalen Fraktion verschiedene Erfolge.

Wirtschaft

Aufhebung der Industriezölle

Ein zentraler Erfolg gelang in der Herbstsession 2021 mit der Aufhebung der Industriezölle und der Vereinfachung der Zolltarifstruktur. Zur grossen Freude der FDP und des Wirtschaftsstandorts Schweiz wurde in der Beratung auf eine Staffelung der Abschaffung verzichtet. Die beschlossene komplette Aufhebung der Industriezölle entlastet den Werkplatz und wird die Kosten für Konsumenten und für Branchen, welche auf Importe solcher Produkte angewiesen sind, senken. Nicht nur Zollkosten, sondern auch administrative Kosten fallen weg. Gerade in Zeiten der Coronakrise war die Aufhebung der Industriezölle ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um die Wirtschaft zu stärken. Das hartnäckige Engagement der FDP bei dieser Vorlage zahlte sich aus, und eine langjährige Forderung der FDP konnte erfüllt werden (ein Referendum wurde nicht ergriffen).

Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Bereits 2009 hat die FDP-Liberale Fraktion eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche die schrittweise Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern forderte. Nachdem die Vorlage in mehrere Entwürfe aufgeteilt worden war, beschloss der Ständerat die Sistierung der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Nach rund sieben Jahren Sistierung und im Lichte der Coronakrise wurden die Arbeiten zur Abschaffung der Emissionsabgabe wieder aufgenommen. Die definitive Abschaffung in der Sommersession 2021 konnte in beiden Räten mit einer deutlichen Mehrheit erreicht werden, was als grossen Erfolg für die FDP zu werten ist. Die nachfolgende Volksabstimmung im Februar 2022 ging bedauerlicherweise verloren.

Abschaffung der Verrechnungssteuer

In der Wintersession 2021 konnte auch mit der längst überfälligen Reform der Verrechnungssteuer ein Erfolg verbucht werden. Sie geht auf eine langjährige Forderung der FDP zurück, die zum Ziel hat, die Wettbewerbsnachteile, welche sich die Schweiz mit dem aktuellen Verrechnungssteuersystem selbst schafft, zu beseitigen. Konkret soll mit der Reform die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden. Damit soll es beispielsweise attraktiver werden, in der Schweiz Obligationen zu emittieren. Da die Abstimmung leider knapp verloren ging, braucht es andere Massnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

In der Wintersession 2022 haben die beiden Räte in der Schlussabstimmung die Vorlage zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer verabschiedet. Die Nein-Stimmen im Nationalrat kamen dabei von den Ratslinken (im Ständerat kam die Vorlage fast einstimmig durch). Obschon die Linke stets für eine höhere Besteuerung von Grossunternehmen plädiert, empfanden sie die Vorlage als ungerecht und stiessen sich insbesondere am Verteilerschlüssel der Ergänzungssteuereinnahmen zwischen Bund und Kantonen von 25:75. Am 18. Juni 2023 stimmte das Volk in einer Volksabstimmung dem Projekt zu (78,5% Ja).

Sozialversicherungen/Gesellschaft

AHV 21

Nach vielen gescheiterten Versuchen und Reformen haben die Schweizerinnen und Schweizer am 25. September 2022 eine Reform der AHV angenommen. Die FDP spielte mit ihren konstruktiven Vorschlägen und ihrer Kompromissbereitschaft eine Schlüsselrolle in diesem Dossier und übernahm den Lead im Abstimmungskampf. Dank der AHV 21 erhält die AHV ein paar Jahre Zeit, doch eine nächste Reform ist unumgänglich. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen bietet eine Lösung für nachhaltige finanzielle Stabilität der ersten Säule.

BVG-Reform

In der Frühlingssession 2023 hat das Parlament eine Reform der zweiten Säule (BVG) verabschiedet und diese dabei umfassend modernisiert. Die FDP hatte bereits während der Debatte über die Reform AHV 21 angekündigt, dass sie sich für eine BVG-Reform zugunsten der Frauen und der Geringverdiener einsetzen werde. Dieses Versprechen wurde nun eingelöst. Beide Kammern haben sich mit der Senkung der Eintrittsschwelle darauf geeinigt, künftig deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule zu ermöglichen. All diejenigen, die bis anhin nicht versichert waren, werden nicht nur von besseren Renten profitieren, sondern auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein.

FDP gibt Impulse für ein digitalisiertes Gesundheitswesen

Künftig müssen Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital verschickt werden. Dies hat das Parlament auf Antrag unserer Nationalrätin Regine Sauter und gegen den Willen des Bundesrates beschlossen. Nebst wichtigen Effizienzgewinnen stärkt die angenommene Motion die Sicherheit der Patienten (weniger Rezeptfälschungen und Medikationsfehler). Ebenfalls angenommen wurde eine Motion unseres Nationalrats Andri Silberschmidt, welcher die Stärkung der digitalen Kompetenzen des Gesundheitspersonals gefordert hatte.

Revision Sexualstrafrecht unter Dach und Fach

Nach einem gefühlt ewig langen Kampf in den Medien und im Ratssaal konnte das Parlament die fortschrittliche Revision im Sexualstrafrecht besiegeln. Der Nationalrat konnte sich im zentralen Punkt der Vorlage auf die Kompromisslösung (Widerspruchslösung inkl. Social Freezing) einigen. Von linker Seite wurde erfolglos versucht, nochmals die Zustimmungslösung ins Spiel zu bringen. Dies zeigt wiederum auf, dass ihnen der Wahlkampf, geführt von einer Symbolpolitik, wichtiger ist als mehrheitsfähige Lösungen im Parlament.

Sicherheit

Neue Kampfflugzeuge

Ganz zu Beginn der neuen Legislatur in der Wintersession 2019 fällte das Parlament eine wichtige sicherheitspolitische Entscheidung und einigte sich auf den Rahmen für den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der vom Parlament verabschiedete Planungsbeschluss umfasste einen Budgetrahmen von maximal 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Flugzeuge. Wie zu erwarten war, wurde auch gegen diesen Beschluss ein Referendum von links ergriffen. In einem emotional geführten Abstimmungskampf konnte im Herbst 2020 nur dank des grossen Einsatzes der FDP-Kampagne ein knappes Ja (50,1%) erzielt werden.

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Seit den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 haben terroristisch motivierte Täter in Europa mehrere Dutzend Attentate verübt. Um terroristische Anschläge verhindern zu können, haben Bundesrat und Parlament mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) eine neue rechtliche Grundlage geschaffen. Die FDP hat zusammen mit der damals federführenden Bundesrätin Karin Keller-Sutter in der parlamentarischen Beratung eine zentrale Rolle gespielt, um einen mehrheitsfähigen Kompromiss mit verhältnismässigen Massnahmen zu zimmern. Die Volksabstimmung im Sommer 2021 konnte dank des tatkräftigen Einsatzes der FDP und ganz im Sinne des Grundsatzes «Keine Freiheit ohne Sicherheit» mit 56,6 Prozent gewonnen werden.

Kriegsmaterialgesetz

Die Initiative der SiK-S (23.402), die auf einer Motion von Ständerat Thierry Burkart basiert, wurde von der kleinen Kammer in der zweiten Woche der Sommersession 2023 behandelt und mit 22 zu 17 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen. Die Linke und einige Ständeräte der SVP und der Mitte waren dagegen. Leider lehnte der Nationalrat in der Herbstsession mit 135 zu 48 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Initiative ab und folgte damit dem Antrag seiner Kommission. Um es kurz zu machen: Alle Parteien ausser der FDP und der Mitte lehnten den Vorschlag ab.

In der letzten Legislatur fungierte der Ständerat oft als bürgerliches Korrektiv.

Energie

Energiesicherheit

Der Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz. Hier werden die Weichen für die Energiepolitik bis ins Jahr 2050 gestellt. Der Stromverbrauch wird bis dahin massiv zunehmen, da die Elektrifizierung voranschreitet und immer weniger fossile Brennstoffe genutzt werden. Um diesen Mantelerlass zu schaffen, haben die beiden Räte beschlossen, im Energie-, im Stromversorgungs- und im Raumplanungsgesetz zahlreiche Massnahmen zu verankern. Dennoch ist die Schweiz auch mit dem Mantelerlass nicht aus dem Schneider. Das Land braucht viel mehr Strom. Um die drohende Stromlücke zu beheben, braucht die Schweiz zwingend ein Grosskraftwerk und eine Überarbeitung der Energiestrategie. Dazu hat die FDP eine Fraktionsmotion eingereicht.

CO_2-Gesetz

Die Revision des CO_2-Gesetzes hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050, was die Bevölkerung 2023 mit dem Ja zum Klimagesetz bekräftigt hat. Die Vorlage des Bundesrates entstand unmittelbar nach der Ablehnung des CO_2-Gesetzes im Juni 2021. Deshalb verzichtet die Vorlage auf neue oder höhere Abgaben, auf Gebote und Verbote, aber auch auf den Ausbau marktwirtschaftlicher Instrumente. Erfreulicherweise hat der Ständerat dennoch einige Elemente aufgenommen, welche die FDP bereits kurz nach der Volksabstimmung gefordert hatte.

Herzlich willkommen!

Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor

Wenn am 4. Dezember die neue Legislatur beginnt, treten auch acht neue Freisinnige ihr Amt in der FDP-Liberalen Fraktion an. Hier erzählen sie, worauf sie sich freuen, was sie im Parlament bewegen wollen und wie sie sich vorbereiten.

Benjamin Mühlemann, Ständerat GL

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?
Es war ein eher ruhiger Wahlkampf. Ich spürte grosse Unterstützung aus der Bevölkerung und habe mich gefreut, dass sich dieser Support am Wahlsonntag auch im Resultat manifestiert hat.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?
Im Zentrum steht der Einsatz für die liberalen Werte. Das heisst gute Rahmenbedingungen und wenig Regulierung für Unternehmen und den Werkplatz. Ebenfalls will ich mich für stabile Beziehungen zur EU einsetzen und hoffe, dass wir in dieser Legislatur Nägel mit Köpfen machen können. Als Glarner Ständerat sind mir zudem gute Infrastrukturen, namentlich Strasse und Schiene, für meinen Kanton ein wichtiges Anliegen.

Worauf freuen Sie sich?
Auf die Menschen, sei es in der FDP-Liberalen Fraktion, aber auch ausserhalb der Partei. Und ich freue mich natürlich aufs Mitgestalten.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?
Die Vorbereitung ist anspruchsvoll, da ich noch bis im Frühling Regierungsrat bin. Das Doppelmandat unter einen Hut zu bringen, wird nicht leicht. Ich werde mich aber so rasch wie möglich in die Dossiers einarbeiten.

Pascal Broulis, Ständerat VD

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?
Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» hat mir gut gefallen. Leider haben uns die Themen Migration und Gesundheitspolitik nicht gerade in die Hände gespielt.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?
Natürlich setze ich mich generell für unsere Werte Freiheit und Verantwortung ein. Besonders am Herzen liegen mir die Themen Sozialversicherungen, Bildung und Finanzen.

Worauf freuen Sie sich?
Meinen Kanton Waadt zu vertreten. Der Föderalismus ist eine zentrale Stärke der Schweiz.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?
Mit Ruhe und Entschlossenheit.

Nadine Gobet, Nationalrätin FR

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?
Es war eine sehr intensive Zeit, da wir unseren Wahlkampf nahe bei den Leuten geführt haben. Ich war an zahlreichen Veranstaltungen und habe mich mit der Bevölkerung ausgetauscht und den Menschen zugehört. Das war anstrengend, aber auch sehr wertvoll. Schliesslich bin ich als Nationalrätin Volksvertreterin und der Kontakt mit der Bevölkerung ist dabei ein zentrales Element.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?
Ich leite einen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband, der mehr als 4000 Unternehmen vertritt, die grosse Mehrheit davon KMU mit weniger als zehn Mitarbeitenden. Ich bin also mit den Herausforderungen der KMU-Wirtschaft vertraut und setze mich für gute Rahmenbedingungen von Unternehmen ein, damit wirtschaftliche Erfolge der ganzen Bevölkerung zugutekommen.

Worauf freuen Sie sich?
Ich bin seit über 15 Jahren Grossrätin in Freiburg. Jetzt kommt eine neue Herausforderung, auf die ich mich sehr freue. Ich will meine Ideen und Werte nun auch auf Bundesebene vorantreiben.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?
Mit grosser Motivation, aber auch Bescheidenheit. Ich hatte bereits Kontakt mit meinem Vorgänger Jacques Bourgeois und anderen Personen, die mir Informationen über die Funktionsweise des Parlaments und der Fraktion gaben.

Simone Gianini, Nationalrat TI

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv und anstrengend, aber auch sehr bereichernd. Durch den intensiven Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern erfuhr ich die Erwartungen und Befindlichkeiten direkt und versuche diese als Volksvertreter im Nationalrat verantwortungsvoll umzusetzen.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Das Thema Nummer 1, das die Bevölkerung beschäftigt, sind die – zunehmend unhaltbaren – Krankenkassenprämien. Ausserdem habe ich mich schon lange mit Mobilitätsthemen befasst und will mich dafür einsetzen, dass unser Land ein noch besseres und leistungsfähigeres Strassen- und Schienennetz erhält.

Worauf freuen Sie sich?

Die Vereidigung am 4. Dezember wird sicher spannend, da ich den Prozess bisher nur aus dem Fernsehen kenne.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich habe mich bereits während des Wahlkampfs mit den wichtigsten Themen der Bundespolitik auseinandergesetzt und werde dies noch bis zum Legislaturbeginn intensivieren. Als neu gewählter Nationalrat will ich am Anfang vor allem zuhören, lernen und mich in den Kommissionen möglichst zielgerichtet einbringen.

Kristiane Vietze, Nationalrätin TG

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren unterwegs auf der Strasse, auf Märkten, auf Messen. Dabei haben wir das Gespräch mit der Bevölkerung gesucht, um zu verstehen, wo der Schuh drückt und wo ich mich engagieren kann. Auch wenn ich auf einen Erfolg gehofft hatte, war die Ausgangslage anspruchsvoll und die Wahl – wenn man das Schlussresultat anschaut – kein Selbstläufer. Insofern bin ich dankbar und erleichtert. Ich danke auch den viele Unterstützerinnen und Unterstützern für ihren Einsatz. Es war unser grossartiges Teamwork, das «Kris nach Bern» möglich gemacht hat.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Viele Menschen sind verunsichert. International ist die Sicherheitslage kritisch und die vielen Herausforderungen in unserem Land selbst beschäftigen die Bevölkerung zu Recht. Die Polparteien präsentieren der Bevölkerung einfache Gründe für die herrschenden Probleme und suggerieren damit noch einfachere Lösungen. Beide wecken mit unterschiedlichen Vorzeichen bei ihren Wählerinnen und Wählern die Sehnsucht nach einem starken Staat, der Geborgenheit bietet. Dabei reicht ein Blick über die Grenzen oder in die Geschichte, um zu erkennen, was passiert, wenn ein übermächtiger Staat die Gesellschaft steuert. Und wahrscheinlich gibt es auch nichts Unschweizerischeres als das. Um die Fragen der Zeit zu lösen, braucht es eine verantwortungsvolle und lösungsorientierte Sachpolitik, welche die Grundlagen in unserem Land sichert – und zum Zusammenhalt beiträgt: Dabei ist eine starke Wirtschaft zentral. Diese macht uns unabhängig und bildet die Substanz für gesellschaftliche Entwicklungen. Wir brauchen heute mehr denn je machbare und zahlbare Lösungen, die gemeinsam getragen werden. Das ist der einzige Weg, um sicherzustellen, dass unser Land eine freiheitliche, starke und selbstbestimmte Schweiz bleibt. Dazu müssen die Pole, die mit Umverteilung und Migration Daueragitation betreiben, in die realpolitische Pflicht genommen werden – auch wenn sie viel lieber als Volkstribune und Ankläger auftreten, weil das viel mehr Stimmung und Schlagzeilen macht. Ich erwarte, dass sie ihre Verantwortung übernehmen und zu gutschweizerischen Lösungen beitragen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin mir der grossen Verantwortung bewusst, die ich als Thurgauer FDP-Nationalrätin trage. Ich freue mich auf engagierte Debatten und das gemeinsame Finden von Lösungen, die unser Land nach vorne bringen.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Wintersession startet bald, ich will gut vorbereitet sein. Deswegen setze ich inhaltlich meine Arbeit und Analysen in den verschiedenen Dossiers fort. Ebenso stehe ich im Kontakt mit der FDP-Liberalen Fraktion im Bundeshaus, um mich möglichst rasch in die Arbeit einzubinden.

Neu gewählt

Heinz Theiler, Nationalrat SZ

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Für mich war es nicht das erste Mal, dass ich auf der Hauptliste kandidierte. Aber noch nie stand der Teamgedanke so stark im Vordergrund wie in diesem Jahr. Unsere Partei hat sich kräftig in diesen Wahlkampf hineingekniet und die Sensation geschafft: Nun besetzen wir zwei der sechs Schwyzer Sitze in Bundesbern. Ich fühlte mich während des ganzen Wahlkampfs stark von der Parteibasis getragen – und diese Ausstrahlung hat sich nach aussen übertragen. Ein tolles Gefühl!

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes und damit Mitglied der Gewerbekammer stehen bei mir natürlich die Interessen der Gewerblerinnen und Gewerbler zuoberst auf der Traktandenliste. Als langjähriger Finanzpolitiker im Kantonsparlament sind mir aber auch Steuerthemen und die Attraktivität des Werkplatzes Schweiz ein Anliegen. Dazu gehören auch die Themen der Infrastruktur und Verkehrsanbindungen.

Worauf freuen Sie sich?

Nach zwölf Jahren im Schwyzer Kantonsparlament freut es mich unglaublich, in Bern ein neues Kapitel aufschlagen zu dürfen. Ich bin stolz, dass ich als Carrosseriemeister die Stimme der Gewerbler sein, als Innerschwyzer die Bergregionen vertreten und als Liberaler für unsere Überzeugungen einstehen darf. Ich erachte es als Privileg, dem ich mit Demut begegne – denn jetzt beginnt die wirkliche Arbeit, die Bewährungsprobe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Auf der einen Seite muss ich meinen Carrosseriebetrieb mit acht Angestellten anders organisieren, was ich mit meinen Mitarbeitenden bereits abgesprochen habe. Auf der anderen Seite habe ich mit Petra Gössi wohl die versierteste Person, mit der ich mich schon seit dem Wahlsonntag regelmässig über die bevorstehenden Herausforderungen austausche. Die Vorfreude ist sehr gross und ich hoffe, dass sie noch lange anhält.

Simon Michel, Nationalrat SO

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren im Team von Anfang an gut aufgestellt, haben die vergangenen Wahlen analysiert und unsere Strategie und Ziele festgelegt. Unsere Partei braucht wieder mehr Unternehmer und Praktiker, um in der Bevölkerung glaubwürdig zu sein. Also haben wir uns darauf fokussiert. Im Kanton Solothurn kam erschwerend dazu, dass wir uns auf zwei geografische Listen aufgeteilt haben. Im Nachhinein müssen wir eingestehen, dass das ein Fehler war. Auch bei uns hat die FDP Wähleranteile verloren. Die zusätzlich erhoffte Mobilisierung durch zwei Listen vermochte den nationalen Trend nicht bremsen. Die Stimmung und die Zusammenarbeit in der Partei waren aber von Anfang an gut. Ich war beeindruckt ab dem Wahlkampf von Daniel Probst, Markus Spielmann und Martin Rufer. Sie gehören nach Bern. Sie können das.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Während ich im Kanton auf Finanzen und Sport fokussiere, werde ich mich auf nationaler Ebene verstärkt mit aussenpolitischen und wirtschaftsrelevanten Fragestellungen auseinandersetzen wollen. Die Kommissionen für die 52. Legislatur sind aber in der Fraktion noch nicht abschliessend zugeteilt.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die vielen Begegnungen und die Möglichkeit, mein Netzwerk und Wissen für unsere liberalen Werte einzubringen. Zudem muss es uns als Partei gelingen, den Rückgang zu stoppen und wieder Wähleranteile zu gewinnen. Auch dafür werde ich mich einsetzen. Ich will einen Beitrag leisten, dass Freisinnige, die wir an SVP und GLP verloren haben, zurück nach Hause kommen. Dafür müssen wir einfacher und pointierter werden. Wir müssen auf Themen fokussieren, die für unsere Bevölkerung wirklich relevant sind. Der Kanton Bern zum Beispiel hat viermal mehr Sitze im Nationalrat als Solothurn, aber auch bloss einen FDP-Vertreter. Das kann nicht sein.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Bei Ypsomed bin ich gut aufgestellt. Wir haben starke Teams mit viel Eigenverantwortung und Kompetenz. Politisch stelle ich aktuell meinen Stab zusammen: Planung, Logistik, Inhalte, Kommunikation. Leider werde ich einige meiner aktuellen Mandate abgeben müssen. Das bedaure ich, ist aber normal.

Bettina Balmer, Nationalrätin ZH

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv, aber auch positiv. Unterstützung zu spüren, gibt viel Energie. Es war toll, wie viele Leute mir geholfen und mich beim Wahlkampf unterstützt haben. Weniger schön war der bürokratische Aufwand, den die neuen Transparenzvorschriften verursacht haben.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Ärztin liegt mir natürlich die Gesundheitspolitik nahe. Dadurch wurde ich politisiert und will mich deshalb auch einbringen. Zudem freue ich mich darauf, die Individualbesteuerung im politischen Prozess zu begleiten, da mir diese am Herzen liegt. Ich interessiere mich aber auch für Innovationsthemen und den Werkplatz Schweiz.

Worauf freuen Sie sich?

Ich freue mich auf den Parlamentsbetrieb, neue Leute und Bekanntschaften. Einen kleinen Teil zur Schweiz beizutragen, wird sicher spannend, wobei ich auch Respekt vor dieser Aufgabe habe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich lese alle Unterlagen und spreche mit bisherigen Parlamentariern. Dazu kommt Organisatorisches. Ich suche eine Assistenz und muss meinen Dienstplan im Spital anpassen.

Mit schnellem Finger zu schnellem Internet

Erfolgreiche FDP-Parlamentarier

QR-Code scannen und selbst auf Punktejagd gehen.

Die Initiative «CHANCE5G» hat das Onlinespiel «5G. The Game» lanciert. Auf spielerische Art und Weise soll damit die Bevölkerung für das Thema und die Wichtigkeit einer leistungsfähigen, flächendeckenden sowie nachhaltigen Mobilfunkinfrastruktur sensibilisiert werden.

Im Onlinespiel «5G. The Game» geht es darum, die Nachfrage nach Mobilfunkverbindungen zufriedenzustellen. Personen erscheinen auf dem Spielfeld und wollen sich mit einem mobilen Netz verbinden. Allerdings hält sich ihre Geduld bezüglich Netzqualität in Grenzen. Es gilt darum, zu verhindern, dass fehlende und schlechte Verbindungen Zufriedenheitspunkte kosten. Antennen sollen zudem clever platziert und fortlaufend auf die modernste Mobilfunkgeneration aktualisiert werden. Je stabiler Spielerinnen und Spieler das Netz halten, umso höher steigt die Punktezahl. Ärgern sich zu viele Personen über fehlende Verbindungen, führt das zum Ende des Spiels. «Wie im richtigen Leben, ärgern sich auch im ‹5G. The Game› Personen über schlechte Verbindungen», sagt Ständerat Hans Wicki.

5G auf spielerische Art entdecken

Warum dieses Spiel? Wir nutzen stetig mehr mobile Daten. Die heutigen Mobilfunknetze stossen daher an ihre Grenzen und müssen ausgebaut werden. Dies erfolgt sinnvollerweise mit der neusten Technologie. 5G ist die Weiterentwicklung des heutigen Mobilfunkstandards 4G und ermöglicht, dass unsere Mobilfunknetze die steigenden Anforderungen auch in Zukunft zuverlässig erfüllen können. Dafür setzt sich die Initiative «CHANCE5G» ein, und das will dieses Spiel auf eine einfache und eingängige Art und Weise aufzeigen.

Wer schlägt die FDP-Parlamentarier?

Im Zuge der Lancierung des Spiels haben verschiedene Botschafterinnen und Botschafter von «CHANCE5G» das Spiel ausprobiert – so auch FDP-Parlamentarier. Besonders erfolgreich waren dabei der Zürcher Nationalrat Andri Silberschmidt sowie Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell-Ausserrhoden. Sie halten zurzeit den Rekord mit 118 bzw. 112 Punkten. Die beiden sind sich einig: «Das Game ist einfach zu spielen, macht aber grossen Spass. Zudem vermittelt es einen wertvollen Eindruck zum Thema. Diese Mischung ist gut gelungen und wir sind gespannt, wer alles unseren Punkterekord übertreffen wird.

Punktestand der FDP-Parlamentarier

Andri Silberschmidt:	118
Andrea Caroni:	112
Marcel Dobler:	77
Christian Wasserfallen:	45
Josef Dittli:	31
Hans Wicki:	18

Die Duelle der FDP-Parlamentarier lassen sich hier nachschauen:

Adieu Bundeshaus

Rückblicke und Erinnerungen

Neun abtretende Fraktionsmitglieder erinnern sich an prägende Momente und Erfolge während ihrer Amtszeit und blicken mit etwas Wehmut auf die Arbeit im Parlament zurück.

Christian Lüscher, ehemaliger Nationalrat, Genf

«Ich weiss noch, wie ich als neuer Nationalrat das erste Mal mit dem Zug nach Bern fuhr, zusammen mit dem ebenfalls frisch gewählten Hugues Hiltpold. Wir kamen aus dem Bahnhof und schauten uns an. Niemand von uns wusste, wo sich das Bundeshaus befindet.»

Christa Markwalder, ehemalige Nationalrätin, Bern

«Ein Highlight war, als wir mit der Band Fraktionszwang zum Legislaturende in der Galerie des Alpes im Bundeshaus gespielt haben. Die Stimmung war so gut, dass alle getanzt und parteiübergreifend gefeiert haben. Meine Kolleginnen und Kollegen im Bundeshaus werde ich daher sicher vermissen und pflege die Kontakte deshalb sicher auch weiterhin.»

Doris Fiala, ehemalige Nationalrätin, Zürich

«Es war mir jeweils eine besonders grosse Freude, wenn wir etwas überparteilich erreicht hatten, beispielsweise die parlamentarische Gruppe Patientenverfügung oder die parlamentarische Gruppe Cyber: alles, was grosse Anliegen aufnimmt und gemeinsam umgesetzt wird. Deshalb werde ich auch viele Kolleginnen und Kollegen im Parlament vermissen.»

Kurt Fluri, ehemaliger Nationalrat, Solothurn

«Als Vertreter und Unterstützer des Rechtsstaates war es ein Erfolg und eine Freude, dass wir die Masseneinwanderungsinitiative rechtsstaatlich umsetzen konnten. Dies gelang uns, ohne das Freizügigkeitsabkommen der Bilateralen zu verletzen.»

Jacques Bourgeois, ehemaliger Nationalrat, Freiburg

«Die Bundesratswahlen waren jeweils besondere Momente in meiner 16-jährigen Amtszeit. Eine Bundesratswahl ist ein Höhepunkt unserer Demokratie. Es gibt Wahlgang um Wahlgang, die Stimmung ist aussergewöhnlich, und irgendwann weiss jemand, dass er oder sie in den Bundesrat gewählt wurde. Das waren jeweils erinnerungswürdige Momente.»

Thomas Hefti, ehemaliger Ständerat, Glarus

«Als Ständeratspräsident war ich auf einer Delegationsreise in London. Meine Frau sagte mir: ‹Wenn du nicht weisst, was sagen, sag einfach: God save the Queen!› Wir waren im House of Lords in einem Restaurant, und es gab einen Toast, den ich erwidern musste. Der Anfang gelang mir recht gut und auch die folgenden paar Sätze. Dann wusste ich nicht mehr weiter und sagte: ‹God save the Queen!› Alle standen auf, hoben ihr Glas, und der Gastgeber sagte: ‹God save the Bundesrat!›»

Olivier Français, ehemaliger Ständerat, Waadt

«Die Sitzungen, in denen man wichtige Entscheidungen fällt, werden mir sicher fehlen. Aber es ist auch gut, aufzuhören und neuen Leuten das Steuer zu übergeben. Für mich ist wichtig, dass unser Handeln fortgesetzt wird, schliesslich ist niemand unsterblich. Ich werde das Amt vermissen, aber die Leere wird kurz sein.»

Rocco Cattaneo, ehemaliger Nationalrat, Tessin

«Meine Vereidigung im Parlament war sehr emotional. Wenn man den Eid ablegt, die Hand und die drei Finger zum Schwur erhebt, ist das unvergesslich.»

Ruedi Noser, ehemaliger Ständerat, Zürich

«Persönliche Erfolge sind in einer Demokratie eine schwierige Definition, weil Erfolg immer auf einer Mehrheit basiert und viele daran beteiligt sind. Bei mir würde ich aber den Innovationspark Dübendorf nennen, der zustande kam, ausserdem die Hilfen für die Wirtschaft während der Covidpandemie, die sehr wichtig waren.»

Verwaltung digitalisieren – Bürokratie bekämpfen

Die Schweiz hat Nachholbedarf

Schlanke digitale Prozesse sind in der öffentlichen Verwaltung Mangelware. Nationalrätin Regine Sauter zeigt in ihrem Beitrag auf, wo noch besonders viel Potenzial brachliegt.

Die Schweiz steht im europäischen Vergleich in Bezug auf die Digitalisierung der Verwaltung nicht gut da. Gemäss dem eGovernment Benchmark 2022 liegt sie hinter Polen gerade mal auf Platz 28 von 35. In der öffentlichen Verwaltung werden Prozesse immer noch häufig «traditionell» abgewickelt. Online-Anwendungen, die Behördengänge für alle effizienter machen würden, sind nur rudimentär vorhanden. Das ist störend, denn durch den Abbau bürokratischer Hürden und die Digitalisierung der Verwaltung könnten effiziente Prozesse gefördert und knappe Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden.

Auch das Schweizer Gesundheitswesen ist in Bezug auf die Digitalisierung noch nicht ganz im 21. Jahrhundert angekommen. Gerade hier wäre aber das Potenzial gross. Im Spital kann die Digitalisierung dazu beitragen, medizinische Fachpersonen von administrativen Arbeiten zu entlasten. Heute geht zu viel Zeit für Bürokratie verloren. Mit einer sinnvollen digitalen Unterstützung könnten Pflegende und Ärztinnen und Ärzte wieder mehr Zeit bei den Patientinnen und Patienten verbringen. Die längst fällige flächendeckende Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) und die damit verbundene vollständige Verfügbarkeit von Daten bei Behandlung könnten Doppelspurigkeit verhindern und die Behandlungsqualität verbessern. Damit würde das EPD einen wichtigen Beitrag zur Dämpfung der Gesundheitskosten leisten. Gleichzeitig könnte eine bessere anonymisierte Verfügbarkeit von Daten einen wichtigen Beitrag für die Forschung leisten und damit den Innovationsstandort Schweiz stärken.

Erfolgreiche Motion

Das Ziel der Digitalisierung ist klar, die Umsetzung muss nun Realität werden. Neben der Verbreitung des EPD braucht es weitere Massnahmen, die Medienbrüche verhindern, wie zum Beispiel die flächendeckende Einführung des elektronischen Rezepts. Bisher kennt die Schweiz weder eine gesetzliche Verpflichtung noch Anreize für den Gebrauch von E-Rezepten. Dies ändert sich bald: Ende Mai hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat meiner Motion «Einführung eines E-Rezepts» zugestimmt. Darin habe ich gefordert, dass Rezepte grundsätzlich digital ausgestellt werden.

Das digitale Rezept weist verschiedene Vorteile auf. Mit hohen Anforderungen an Datensicherheit und Authentifikation der Leistungserbringer und Patientinnen und Patienten können Rezeptfälschungen und nicht erlaubte Mehrfacheinlösungen ausgeschlossen werden. Die erleichterte Lesbarkeit vermindert zudem das Risiko von Fehlmedikationen.

Von einem effizienten digitalen Gesundheitssystem profitieren am Ende alle: die Patientinnen und Patienten, das Gesundheitspersonal und nicht zuletzt auch die ganze Wirtschaft.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Die Renteninitiative sichert die Renten kommender Generationen. Foto: iStock/Ljupco.

Renteninitiative sichert die AHV

Eine nachhaltige Lösung für kommende Generationen

Der AHV drohen in den nächsten Jahren grosse Finanzierungslücken. Obwohl die Probleme bekannt sind, verweigert sich die Mehrheit des Parlaments einer nachhaltigen Lösung. Deshalb braucht es am 3. März 2024 ein Ja zur Renteninitiative. Andernfalls drohen tiefrote Zahlen und Schulden zulasten kommender Generationen.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Altersstruktur der Schweiz stark verändert. Seit 1970 ist die Wohnbevölkerung um 40 Prozent gewachsen, die Zahl der über 65-Jährigen ist im gleichen Zeitraum um 129 Prozent gestiegen, insgesamt leben über 1,6 Mio. Menschen in der Schweiz, die das Rentenalter erreicht haben. Im Jahr 2050 werden es bereits 2,7 Mio. sein. Diese gewaltige demografische Veränderung wirkt sich direkt auf die Altersvorsorge aus. Für die Finanzierung einer einzigen AHV-Rente stehen immer weniger Erwerbstätige zur Verfügung. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 kamen auf eine Rentnerin 6,5 Erwerbstätige, heute sind es noch 3 und im Jahr 2050 nur noch 2.

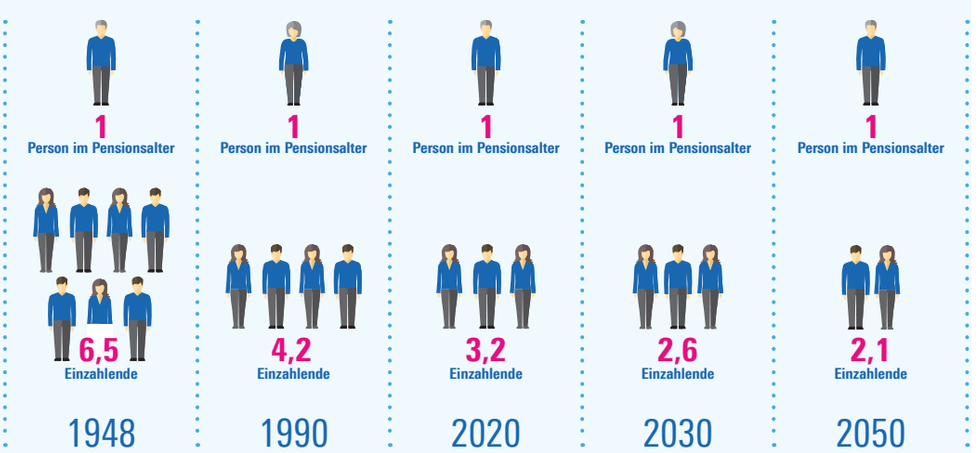
Jetzt handeln!

Dass dieses Missverhältnis mittelfristig zu Problemen führt, dürfte jedem klar sein, der nicht den Kopf in den Sand steckt. Dank der Minireform AHV 21 ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz nämlich noch schuldenfrei – noch. Doch die Aussichten sind besorgniserregend. Aufgrund eingangs beschriebener Entwicklungen steigen die Ausgaben der AHV in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark an, während die Einnahmen nicht mithalten können. In der Folge verschlechtert sich das Umlageergebnis der AHV massiv, sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. Das Positive an dieser Ausgangslage ist, dass die Probleme nicht urplötzlich aus dem Nichts auftauchen, sondern mit jahrelanger Vorlaufzeit bekannt sind und dementsprechend angegangen werden können. Negativ ist, dass ein Grossteil der Parteien die Augen vor diesen Realitäten verschliesst und nichts dagegen unternimmt. Ganz nach dem Prinzip Hoffnung oder nach dem Credo «nach mir die Sintflut». Beide Haltungen zeugen nicht von einer verantwortungsvollen Politik.

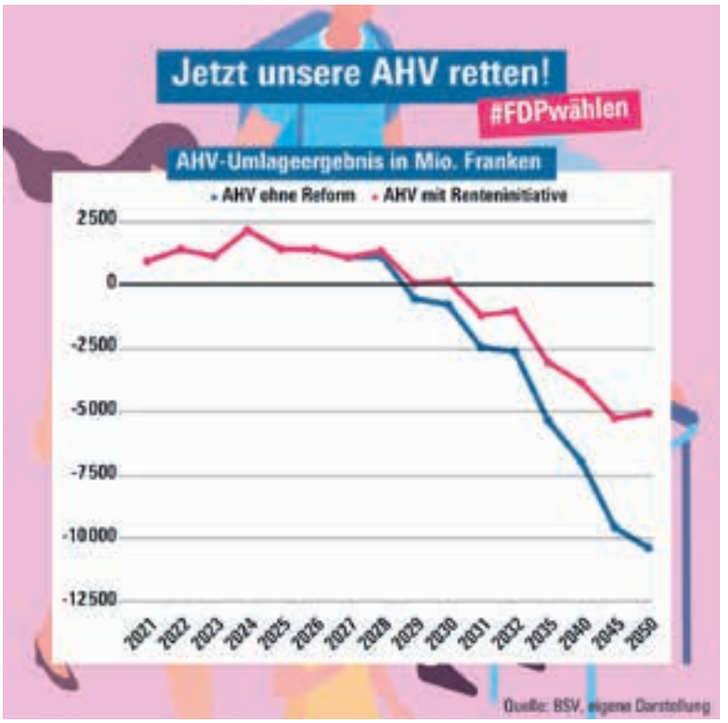
AHV mit Zukunft

Wer die AHV nachhaltig finanzieren will, damit auch heutige Erwerbstätige dereinst eine AHV-Rente erhalten, kann an vier Stellschrauben drehen: Rentenalter erhöhen, Renten kürzen, AHV-Beiträge erhöhen oder mehr Steuergelder in die AHV stecken. Nachdem mit der Reform AHV 21 das Rentenalter der Frauen angeglichen sowie die Mehrwertsteuer erhöht wurde, braucht es neue Ansätze. Hier kommt die Renteninitiative ins Spiel. Da die

Das Verhältnis der Einzahlenden und der Pensionierten verschlechtert sich.
Hier die Übersicht, wie viele Einzahlende eine Person im Pensionsalter bezahlen:



Quelle: Bundesamt für Statistik, AHV21 Übersicht, eigene Darstellung



Parlamentsmehrheit bisher nicht willens war, die AHV nachhaltig zu sichern, haben Jungfreisinnige und FDP eine Initiative eingereicht, um die Forderung nach sicheren Renten für kommende Generationen aufs politische Tapet zu bringen. Nun kommt die Renteninitiative am 3. März 2024 an die Urne, und die Bevölkerung kann Ja sagen zu einem Modell, das die AHV auf eine zukunftsfähige Basis stellt.

Entpolitisierung ist notwendig

Ziel der Renteninitiative ist es, eine nachhaltige Lösung für die Altersvorsorge zu finden. Die Renteninitiative sichert die AHV langfristig, indem das Rentenalter in einem ersten Schritt bis 2032 auf 66 erhöht und anschliessend mit der Lebenserwartung verknüpft wird. So wird das Rentenalter entpolitisiert, und die Renten bleiben auch in Zukunft gesichert. Dies gelingt in zwei Schritten: Zuerst erfolgt eine Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre bis ins Jahr 2032. Die genaue Umsetzung ist dem Bundesrat überlassen. In einem zweiten Schritt wird das Rentenalter mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung verknüpft. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter. Das Rentenalter erhöht sich aber nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern mit dem Faktor 0,8. Das heisst, wenn sich die Lebenserwartung bis im Jahr 2050 um zwei Jahre erhöht, steigt das Rentenalter lediglich um 19 Monate. Die Anpassungen erfolgen jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten, und Betroffene werden fünf Jahre vor Erreichen, des Rentenalters informiert. Das Anliegen ist moderat, besonders im europäischen Kontext. Deutschland, Frankreich, Italien, England und weitere Staaten haben das Rentenalter 67 längst beschlossen und dieses teilweise ebenfalls mit der Lebenserwartung verknüpft.

Mit der Renteninitiative schaffen wir Fairness für künftige Generationen, und der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt bleibt gewahrt. Dank der Entpolitisierung entziehen wir die Sicherung der AHV dem Primat der Politik, die bisher nicht imstande ist, diese gewaltige Herausforderung anzunehmen. Die FDP gibt einer konstruktiven Lösung gegenüber ignoranter Ideologie immer den Vorrang. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für ein Ja zur Renteninitiative. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft!

Marco Wölfli

Für die Maschinenindustrie ist ein ungehinderter Marktzugang besonders wichtig. Foto: Swissmem

Zugang zu internationalen Märkten ausbauen

Für Wohlstand und einen starken Wirtschaftsstandort

«Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance.»

In einer globalisierten Welt ist der freie Zugang zu internationalen Märkten für Schweizer Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Er verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie nachhaltig. Der Zugang zu diesen Märkten ist indes mit Herausforderungen verbunden – sowohl international wie auch in Europa.

Die Schweiz verfügt derzeit weltweit über mehr als 30 Freihandelsabkommen, welche vorab durch Zollabbau Handelshemmnisse ausräumen. Darunter befinden sich wichtige Märkte wie die EU, China, Grossbritannien, Indonesien und Kanada. Weitere wichtige Märkte konnten hingegen noch nicht durch Freihandelsabkommen erschlossen werden, da die Verhandlungen noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Beispiele sind die USA, Indien und die Mercosur-Staaten. Die Option, mit diesen Staaten weiter zu verhandeln, muss gewahrt werden.

Herausforderungen im europäischen Umfeld

Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance. Die EU ist die grösste Handelspartnerin der Schweiz. Dieser Marktzugang ist für Schweizer Unternehmen trotz bestehender bilateraler Verträge bisweilen mit Einschränkungen verbunden. Die Rechtsordnungen der Schweiz und der EU sind unterschiedlich und die Schweiz ist aus Sicht der Union ein Drittstaat. Aufgrund bürokratischer Hürden erleiden Schweizer Unternehmen, welche ihre Produkte oder Dienstleistungen in die EU exportieren möchten, Nachteile. Beispiele aus der Praxis finden sich bei der Zulassung von Medizinalprodukten oder der Abwicklung der europäischen Mehrwertsteuer, wo Unternehmungen mit Ansässigkeit in der Union gegenüber jenen ohne Niederlassung bessergestellt sind. Dies kann insbesondere Schweizer Start-ups oder KMU treffen.

Ein weiteres Hindernis ist der wachsende Protektionismus in der EU. Die EU schützt eigene Standards dadurch, dass sie Unternehmen aus Drittstaaten zur Einhaltung eigener Regelungen verpflichtet – unabhängig davon, ob das Unternehmen dort ansässig ist. So sieht beispielsweise die jüngst in Kraft getretene «EU-Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten» mit Bezug auf Unternehmenszusammenschlüsse und das öffentliche Vergaberecht neue Melde- und Genehmigungspflichten für bestimmte Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten vor. Im schlimmsten Fall drohen der Ausschluss des Unternehmens aus dem öffentlichen Vergabeprozess oder die Rückabwicklung des Unternehmenszusammenschlusses.

Weitere Gesetzesprojekte mit ähnlicher Wirkung sind bereits angedacht: Die EU denkt beispielsweise über neue Sorgfalts- und Registrierungspflichten für Steuer- und Rechtsberater aus Nicht-EU-Staaten nach, sofern diese grenzüberschreitend beraten.

Herausforderungen erfordern liberale Lösungen

Diese Nachteile lassen sich nur zum Teil unilateral durch Angleichung von Regelungen und Standards beheben. Deshalb ist es zentral, dass die Beziehung mit der EU mittel- und langfristig auf gesunden Beinen steht. Es ist wichtig, dass die EU und die Schweiz ihre bilaterale Zusammenarbeit weiterhin stärken und den Dialog über Handelsfragen aufrechterhalten. Die Schweizer Rechtsordnung soll dabei von der EU möglichst als äquivalent angesehen werden.

Eine liberale Wirtschafts- und Handelspolitik kann schliesslich dazu beitragen, den internationalen Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu erleichtern und das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Petra Gössi, Ständerätin SZ

Planlos mehr Steuergeld ins bereits teure Gesundheitssystem zu pumpen, ist keine sinnvolle Lösung. Foto: Montage FDP

Highway to hell

Sozialdemokratische Weihnachten im November

Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, wie die SP jedes Problem mit höheren Steuern lösen möchte. Im Gesundheitswesen wären die Auswüchse dieser Politik besonders fatal.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Die Sozialdemokraten sind fantastisch. Für jedes Problem, jede Herausforderung und jede Sorge haben sie die passende Lösung: Steuern. Das sage übrigens nicht ich, sondern SP-Co-Präsident Cédric Wermuth in einem Tweet, der diese Haltung klar zum Ausdruck brachte.

Da Wermuths Lösung überall gilt, serviert uns die SP das gleiche Rezept auch bei den Krankenkassenprämien. Wenn es darum geht, den Bürgern in die Taschen zu greifen, beweisen die Sozialdemokraten unerwarteten Einfallsreichtum.

Mehr Steuern = höhere Gesundheitskosten

Es ist ein Kinderspiel. Wir multiplizieren die direkte Bundessteuer mit 342 Prozent. Wie dumm von uns, dass wir nicht schon früher darauf gekommen sind. Natürlich werden SP-Wähler, die keine Steuern zahlen und das in ihrem Leben auch nicht mehr vorhaben, überhaupt keine Krankenkassenprämien mehr zahlen müssen. Für die Mehrheit werden die Prämien zudem sinken. Es ist pure Magie.

Es ist November und schon Weihnachten. Mit dem SP-Vorschlag werden die Gesundheitskosten um 5 Milliarden Franken erhöht. Wir wissen zwar nicht, wofür die 5 Milliarden Franken ausgegeben werden, aber es ist eine tolle Sache. Das kann man nicht erfinden: Die Sozialdemokraten glauben, dass die Lösung gegen steigende Gesundheitskosten steigende Gesundheitskosten sind.

Steuerhölle Schweiz

Wie gelingt der ganze Zauber? Natürlich durch die monströse Steuerprogression. Die hohen Einkommensklassen, die der SP ohnehin ein Dorn im Auge sind, werden gnadenlos bestraft. Mit dem Vorschlag der SP, damit wir keine Krankenkassenprämien mehr zahlen müssen, wird der durchschnittliche Einkommensteuersatz in der Schweiz für die Reichsten 70 Prozent erreichen. Frankreich mit seinem Höchstsatz von 45 Prozent erscheint daneben als Steuerparadies. Die Schweiz dagegen befände sich auf einem Höllenritt.

Angesichts des nahenden Legislaturbeginns wird die SP uns vielleicht die proletarische Revolution vorschlagen. Ob es darin noch Platz für Spitzenverdiener hat, ist unklar. Aber das ist eine andere Debatte. Im Zuge der grossen Umverteilung kann man das Programm immer noch durch einige Zwangsmassnahmen ergänzen, um die Mutigsten davon abzuhalten, nach Wohlstand zu streben.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS
Die Kolumne erschien zuerst bei blick.ch Romandie

FDP-Lösungen für ein hochstehendes und bezahlbares Gesundheitssystem.

Neugewählte Parlamentarier nehmen im Dezember erstmals im Bundeshaus Platz. Foto: Parlamentsdienste

Neuwahlen, neue Sitze und die Nacht der langen Messer

Vorschau auf die Wintersession

Bereits im Dezember müssen die Parlamentarier heikle Entscheide fällen und das Budget beraten. Doch es gibt auch angenehme Überraschungen.

Alles neu macht der Dezember. Zumindest im Parlament beginnt Ende des Jahres die neue Legislaturperiode. Das bedeutet viel Gestikulieren, Feiern und Taktieren. Allein die neue Sitzordnung im National- und Ständeratssaal ist ein Politikum. Die grossen Parteien sitzen hinten, die weniger grossen vorne. Dasselbe gilt im Kleinen für die Parlamentarier, wo traditionell die Schwergewichte in den hinteren Reihen Platz nehmen (fast wie in der Schule).

Generell sind die Wahlen zu den höchsten Ämtern eine ausgemachte Sache. So steht bereits im Voraus fest, dass Viola Amherd Bundespräsidentin wird, Eva Herzog den Ständerat präsidiert und mit Eric Nussbaumer ein Baselbieter höchster Schweizer wird. Das wird natürlich gefeiert: Mit zwei Ausflügen inklusive Extrazug reisen die Präsidentinnen und der Präsident in ihre Heimat, denn die beiden Basel planen ein gemeinsames Fest.

Mehr Spannung versprechen die Ersatzwahlen in den Bundesrat, wo es um die Neubesetzung des Sitzes von Alain Berset und um die Wahl des Nachfolgers von Bundeskanzler Walter Thurnherr geht. Wer das Rennen machen wird, wissen wir erst am 13. Dezember. Vorher wird spekuliert und an der «Nacht der langen Messer» in der Bellevuebar werden vermeintliche Absprachen getroffen. Wie immer bei Bundesratswahlen gilt: Gewählt ist nur, wer das absolute Mehr erreicht, also mehr als die Hälfte aller Stimmen erhält. Das erkennt man auch an der Sprache des Nationalratspräsidenten, der das Ergebnis verkündet. Spricht er von «Stimmen haben erhalten», geht es in einen weiteren Wahlgang.

CO_2-Gesetz und Budgetberatung

In der Session wird aber auch Politik gemacht. Das CO_2-Gesetz geht in den Nationalrat. Damit werden die Weichen für die künftige Klimapolitik der Schweiz gestellt. Mit Anreizen statt Verboten soll die Bevölkerung zum Klimaschutz motiviert werden. So will es das Volk, das im Juni das Klimaschutzgesetz (KIG) an der Urne angenommen hat. Dieses stellt die Weichen auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel. Konkrete Vorgaben zur Zielerreichung macht das KIG aber nicht. Diese müssen in separaten Gesetzen geregelt werden, in einem ersten Schritt nun mit dem CO_2-Gesetz.

Gleichzeitig wird traditionell in der Wintersession das Budget beraten. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, denn um die Schuldenbremse einzuhalten und künftige Generationen nicht zu belasten, muss verhindert werden, dass die Politiker das Geld mit beiden Händen ausgeben. Dass dies nicht geschieht, dafür sorgt auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die einen ausgewogenen Vorschlag präsentiert. Die Parlamentarier wären gut beraten, ihr zu folgen. Wohin eine hohe Verschuldung führt, kann man derzeit in vielen EU-Ländern beobachten, die trotz Milliardenschulden nicht aus ihren hausgemachten Problemen herauskommen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Schlankere Regulierung, weniger staatliche Wettbewerbsverzerrung

Die Freiheit wirtschaftlicher Entfaltung zu verteidigen, ist eine Daueraufgabe. Zwei Beispiele von der Front:

Übermässige Bürokratie belästigt und behindert Menschen in ihrer freien Lebens- und Unternehmensführung. Bevor das Parlament neue Gesetze beschliesst, muss es sich daher über die bürokratischen Kosten im Klaren sein. Leider werden die entsprechenden Einschätzungen von der Verwaltung selbst gemacht – der Regulator beurteilt also sein eigenes Werk. Die FDP fordert daher seit langem und mit Nachdruck eine unabhängige Regulierungsfolgeabschätzung (RFA). Die Räte nahmen unsere Fraktionsmotion hierzu zwar an, doch der Bundesrat verweigerte die Umsetzung. Daher bringen wir es direkt in die laufende Gesetzgebung zur Unternehmensentlastung ein, als Nächstes ist der Nationalrat gefordert.

Ebenso ärgerlich ist es für private Unternehmen, wenn Staatsbetriebe sich immer stärker auf an sich privaten Märkten ausdehnen. Mit ihren längeren Spiessen (Steuerfreiheit, Staatsgarantien, Teilmonopole, Quersubventionen) sorgen sie dort für unfairen Wettbewerb zulasten unserer KMU. Dazu habe ich eine Motion eingereicht, die in beiden Räten erfolgreich überwiesen wurde. Der Ball liegt nun beim Bundesrat für einen Gesetzesentwurf, der unsere Unternehmen vor solch unfairem Wettbewerb durch Staatsunternehmen schützt.

Mit diesen und unzähligen weiteren Vorstössen kämpft die FDP für gute Rahmenbedingungen, die es den Menschen in unserem Land erlauben, durch freies Wirtschaften Wohlstand für alle zu erzeugen.

Andrea Caroni
Parteivizepräsident und Ständerat AR

swisscom
Ihr altes Handy enthält wertvolle Rohstoffe.
Bringen Sie es zurück und schonen Sie damit die Umwelt.
In Schweizer Schubladen liegen rund 8 Millionen ungenutzte Handys herum. Schenken Sie Geräten ein zweites Leben – verkaufen Sie Ihr altes Handy oder spenden Sie es für einen guten Zweck.
Mehr Informationen finden Sie unter **swisscom.ch/kreislauf**
Gemeinsam bereit.